



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/52 - 3.3.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Grotewohl und die sowjetische Deutschlandpolitik	S. 1
Strittige Auslegung des Saarstatuts	S. 3
Die Backbencher der CDU/CSU	S. 5
Carl Storbeck - 75 Jahre	S. 6

---

## Politik der Zweigleisigkeit

sp - Selten wurden die Ziele der Pankower Politik so klar dargelegt, wie in der letzten Rede Grotewohls vor der "Volkskammer" in Ostberlin.

Vom Versuch, eine angebliche Übereinstimmung der Kampfziele zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der SED zu konstruieren, bis zur Proklamierung eines Kochs-Punkte-Programms zur Durchführung einer sogenannten gesamtdeutschen Volksbefragung enthält die Grotewohl-Rede eigentlich alles, was den Pankower Brantziern gegenwärtig zur Entfaltung einer groß angelegten kommunistischen Propagandaoffensive in Deutschland notwendig erscheint. Man könnte nun bei dieser Grotewohlrede genauso zur Tagesordnung übergehen, wie bei allen anderen Erklärungen aus Pankow. Die Abwiederungsversuche des Herrn Grotewohl an die Sozialdemokratie, wie sie in der Rede immer wieder erklangen, werden auch diesmal genau so verpuffen, wie alle bisherigen Versuche dieser Art. Und der Vorschlag, eine Volksbefragung in Deutschland durchzuführen, wird als ein primitives kommunistisches Manöver durchschaut und abgelehnt.

Es bleibt jedoch die Tatsache zu verzeichnen, dass nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch die Bonner Koalitionsparteien die nächste Etappe der kommunistischen Propagandaoffensive offen dargelegt wurde, mit dem Versuch, sich in die machtvolle

demokratische Kampf-bewegung um die Einheit Deutschlands einzuschalten. Eines der unmittelbaren kommunistischen Ziele ist, diese Kampf-bewegung, die sich gegen Kommunismus und Nationalismus richtet, und sich im wachsenden Maße auch in der Sowjetzone gegen das sowjetische Regime auszuwirken beginnt, zu neutralisieren. Dass die Kommunisten auf diesem Gleis nicht weiterkommen werden - sich sozusagen auf einer toten Gleis befinden - ist aufgrund der eindeutig antikommunistische Kampfstellung der von der Sozialdemokratischen Partei geführten deutschen Arbeiterbewegung klar und bedarf keines Kommentars. Es muß der sowjetischen Führung überlassen bleiben, endlich zu erkennen, dass mit dieser instinktlosen kommunistischen Propaganda der Pankower SED-Epigonen nur eine Diskreditierung der eigenen sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgt.

Es gibt jedoch noch eine andere Seite der sowjetischen Politik, die beachtet werden sollte. Deutlich hebt sich das Ziel der sowjetischen Politik ab, auf der Grundlage des Status quo von Bonn und Pankow die Beziehungen zu Bonn zu normalisieren, aber gleichzeitig in der internationalen und deutschen Arena als Vorläufer für die deutsche Wiedervereinigung aufzutreten. Diese Doppelseitigkeit gibt der Sowjetunion die Möglichkeit, auf ihrer Position in der Zone zu beharren, die Zone in der Ostblock einzubeziehen und gleichzeitig den Westen als hauptverantwortlich für die Verlängerung der Spaltung Deutschlands erscheinen zu lassen. Die Sowjetunion spekuliert dabei auf das Aufkommen von antiwestlichen und antidemokratischen Strömungen in der Bundesrepublik, die in dem Maße wachsen werden, wie die sozialpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Folgen der Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Militärsystem dem deutschen Volke bewußt werden.

Es gibt im Westen einflußreiche Gruppen, die sich mit dem Gedanken der dauernden Spaltung Deutschlands bereits abgefunden haben. Die Deutschlandpolitik der Westmächte wird von ihren eigenen Interessen bestimmt. Das ist nur natürlich und niemand kann das dem Westen verübeln. Hier zeigt sich jedoch das große Versagen der Bundesregierung, die dynamischen Kräfte des deutschen Volkes in ihren natürlichen Drang zur Wiedervereinigung verkauft und das legitime Recht des deutschen Volkes auf nationale Einheit nicht mit genügender Eindringlichkeit dem Westen klargemacht zu haben. Dieses Versagen auf westlicher Seite gibt der Sowjetunion neue Möglichkeiten in ihrer Deutschlandpolitik und neue Ansatzpunkte der propagandistischen Beeinflussung.

3.3.1955

Welche Saar-Version ist nun richtig?

J.K.-Paris

Kaum war die Bundestagsdebatte über die Pariser Verträge beendet, als französische Politiker sich und andere fragten, welche Version der Auslegung des Saar-Abkommens nun eigentlich zutrifft: Die, auf die sich der Bundeskanzler stützte, oder die, von der die Franzosen glaubten, sie sei die einzig zutreffende.

Zunächst geht es einmal um die Tätigkeit der deutschen Saar-Parteien. Ein großes Pariser Blatt erinnert daran, dass die Dinge anders aussehen als der Kanzler sie dargestellt hat. In diesem Zusammenhang wird eine Stellungnahme des französischen Außenministeriums herangezogen, in der zunächst festgestellt wird, dass während der Kampagne, die der ersten Volksbefragung vorausgeht (Frage: Das neue Statut oder der bisherige Zustand?), jedermann öffentlich das Statut kritisieren darf. Nach der Volksbefragung aber, heißt es dann weiter, könne das Statut nicht mehr in Frage gestellt werden und jede Propaganda, die hierauf abzielt, wäre dann ungesetzlich. Dies gelte auch, so wird aus dem nächsten Absatz klar, für die Wahlen zu einem neuen Landtag. Erst wenn es einen Friedensvertrag gibt, kann die Zugehörigkeit der Saar wieder zur Diskussion gestellt werden.

Tatsächlich gibt es keinen französischen Politiker, gleichviel welcher Partei, der den veröffentlichten Vertragstext - und nur um ihn kann es schließlich gehen - anders auslegt. Mehr noch: Die Zusagen, die Dr. Adenauer im letzten Oktober in Washington erhalten hat, widersprechen nach französischer Auffassung durchaus den Zusicherungen, die der damalige Außenminister Bidault im Frühjahr 1947, ebenfalls in Washington, vom damaligen Staatssekretär Marshall und gleich darauf in London vom britischen Außenminister Bevin erhalten hatte! Wenn also dem Bundeskanzler in Washington kein Mißverständnis unterlaufen ist, so sind dort im Laufe einiger Jahre zwei sich widersprechende Zusagen gegeben worden.

Es ist sehr begreiflich, dass die Mitglieder des Rates der Republik (Senat) erst einmal wissen wollen, welche Interpretation des Saar-Abkommens als richtig anzuerkennen ist, bevor sie dem Vertrags-

werk zustimmen. Denn man darf sich in solchen Situationen kein X für ein U machen: Für die Franzosen waren von vornherein in den bitter schmeckenden Pariser Verträgen zwei Zuckerstücke vorhanden, die den unangenehmen Geschmack beseitigen sollten, den die Schaffung einer praktisch selbständigen deutschen Armee hervorrief. Das eine Zuckerstück war das Saarabkommen. Das andere war das von dem inzwischen gestürzten Ministerpräsidenten Mendès-France vorgeschlagene Europäische Amt für gemeinsame Rüstung. Dieser als "Waffen-Pool" bezeichnete Vorschlag scheint eingespart zu sein, und damit schwindet in den Augen der meisten Franzosen die letzte Möglichkeit einer Kontrolle der deutschen Rüstung. Und nun wird auch noch das Saar-Abkommen in Bonn anders ausgelegt als in Paris: Es ist begreiflich, dass mit dem Verschwinden auch des zweiten Zuckerstückes den Senatoren die Speise wieder recht bitter schmeckt.

Eindeutig haben demnach die Saar-Darlegungen des Bundeskanzlers ihm zwar geholfen, das Saar-Abkommen durchzudrücken, es jedoch dem französischen Regierungschef erschwert, den Senatoren den Vertragstext appetitlich servieren zu können. Es ist daher bereits der Gedanke aufgetaucht, den Abkommen eine neue Präambel zuzufügen, in der eine Interpretation der folgenden Paragraphen festgelegt ist, oder aber einen Zusatz zu schaffen, der jede andere als die Pariser Interpretation ausschließt.

Doch auch Washington und London mögen in eine peinliche Situation kommen. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die französische Regierung eine genaue, klare, unwiderrufliche Stellungnahme der amerikanischen verlangen wird. Dabei ist es selbstverständlich, dass die amerikanische Regierung jede Art einer Desavouierung des Bundeskanzlers vermeiden wird, aber sie wird nicht umhin können, eine Erklärung - zur Saarfrage - abzugeben, die denoch auch den französischen Senat befriedigt. Denn es darf schließlich nicht übersehen werden, dass die Verträge von eben diesem Senat noch nicht gutgeheißen worden sind, und dass der Sieg im Bundestag seinen Sinn verliere, wenn die französischen Senatoren zuviele Haare in der Vertragssuppe fänden. Man ist daher gespannt darauf, wie Washington den Bundeskanzler unterstützen wird, ohne den Pariser Senatoren einen Vorwand für irgendeine Art von Verschleppung zu bieten. Dabei dürften sie nicht vergessen, dass Adenauer selbst in Paris im letzten Oktober zugab, die wirtschaftliche Betätigung im Saarland sei Frankreich von den Alliierten als ein Ersatz für Reparationen zugesprochen worden.

### Der Alpdruck des Bundestages

-k- Die bundesrepublikanischen Wähler, die am 6. September 1953 ihre Stimme für den Kanzler abgegeben haben, sind verantwortlich für die Tatsache, dass im zweiten Bundestag 245 westdeutsche CDU/CSU-Abgeordnete sitzen. Die Wähler sind aber nicht dafür verantwortlich zu machen, welche Abgeordneten der Apparat der CDU/CSU in den Bundestag geschickt hat.

Die Mamutfraktion der CDU/CSU ist nicht nur eine ständig wachsende Belastung für den Bundestag und damit für die ganze Bundesrepublik, sie ist auch ein Alpdruck für sich selbst. Die Fraktionsführung konnte mit dem Überangebot an Durchschnitt, der nach dem 6. September neu hinzugekommen war, nichts anfangen und entschloß sich nach verschiedenen erfolglosen Experimenten zu dem einzig möglichen Schluß, sich auf die alte Abgeordneten-Garde aus dem ersten Bundestag und einige wenige Zuzügler zu beschränken, im übrigen aber die Dinge nun einmal so laufen zu lassen, wie sie laufen mußten.

Die viertägige Ratifizierungsdebatte gab den Beobachtern im Plenarsaal und am Fernsehschirm die einzigartige Möglichkeit, die "backbencher"-Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion mazesagen "in freier Wildbahn" zu erleben. Die erzwungenen fünfzigstündige Teilnahme an einem großen Problem, mit dessen Einzelheiten trotz deren enormer Bedeutung nicht alle CDU/CSU-Abgeordnete vertraut waren, verführte die CDU-"backbencher" zur Hemmungslosigkeit. Wenn man dazu die Intoleranz rechnet, zu der die Masse der CDU/CSU-Abgeordneten durch den lähmenden Druck der für sie überragenden Persönlichkeit Adenauer erzogen worden ist, dann konnte kein Zweifel daran sein, dass etwa von der vierten, fünften Reihe der CDU/CSU-Bänke ab nach rückwärts ein Klima entstehen mußte, das fast unerträglich wurde.

Die "backbencher"-Masse der CDU/CSU war einfach außerstande, an einer schwierigen Debatte von hohem Niveau auch nur als ernsthaft Hintergrund mitzuwirken. Wie es schon in den CDU/CSU-Fraktionsitzungen selbst keine brauchbare Diskussion gibt, die über den engen

Kreis der Führungskräfte nennenswert hinausreicht, so sahen die "Bankbencher" der CDU/CSU ihre Aufgabe in den letzten Plenarsitzungen ausschließlich in der Funktion einer Geräuschkulisse. Entweder wurde automatisch und mechanisch Beifall geklopft, der sich beim Kanzler, bei einigen Ministern und bei den Fraktionsvorsitzenden zu frenetischem Getöse und Geschrei steigerte, oder man gab sich ebenso genormten Ablehnung jedes, aber auch jedes oppositionellen SPD-Argumentes durch törichtes Gelächter Ausdruck. Wollte man seine Intoleranz noch darüber hinaus bekunden, dann winkte man nonchalant und anscheinend gelangweilt mit einer Hand ab. Wühlte man sich schließlich geistig zu sehr überfordert, dann stand man abrupt auf und ging ins Restaurant.

Die vier Tage der großen außenpolitischen Debatte haben ausreichend Gelegenheit gegeben, diese Zufallsparlamentarier des 6. Septembers ausreichend zu beobachten. Wenn sie hier nicht gerannt werden, so geschieht das nicht um ihrer willen. Die Namensnennung unterbleibt lediglich aus einer Art Nachbarschaftshilfe für die CDU/CSU, die in ihrer historischen Kumbur mit ihren "Bankbenchern" hat und sie lieber heute als morgen ersetzen würde. Aber es würde dem Bild der CDU/CSU-Fraktion sicher gut tun, wenn sie ihre "Rhabarber"-Männer und -Frauen nachdrücklich zur Raison erächte und wenn sie vor allem auch verkündete, dass sich diese, sich selbst so hoffnungslos überschätzende "Nachparlamentarier" sich unbefugt und ungefragt immer wieder in die ersten Bankreihen verirren. Dass jedoch im Übrigen auch Männer der CDU, die vom ganzen Haus geachtet und beachtet werden, das unwürdige Spiel dieses Fraktions-Trosses mitchicken, das lässt sich wirklich nur mit Betrübnis feststellen.

\* \* \*

#### Jubiläum der sozialdemokratischen Presse

ap - Carl Storbeck - Geschäftsführer "Konzentration"-G.m.b.H., Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen - feiert am 3. März in voller geistiger und körperlicher Frische seinen 75. Geburtstag. Für den Vorstand der SPD sprachen Erich Tlichauer, Fritz Meine und Alfred Fax dem Jubilar ihre herzlichen Glückwünsche aus. Sie verbanden damit ihren Dank für seine unermüdliche Tätigkeit, die seit über einem halben Jahrhundert der deutschen Arbeiterbewegung gewidmet war.

Carl Storbeck, der 1899 der Sozialdemokratischen Partei beitrug, hat sich insbesondere als Verlagsfachmann große Verdienste im Dienste der Partei erworben, auf den verschiedensten Posten und fast in allen Teilen Deutschlands. Nach dem zweiten Weltkriege stellte er seine großen Fachkenntnisse und seine Arbeitskraft wieder zur Verfügung der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung. Dabei nahm er sich mit besonderem Eifer der Wiedergutmachung der Schäden an, die der SPD und ihren Betrieben in den 12 Jahren der Hitlerdiktatur zugefügt worden waren.

Seine menschliche Zuverlässigkeit, seine Treue gegenüber Freunden, die er einmal gewonnen hat und seine gleichzeitige, ausgewogene Freundlichkeit sind vor allem die Eigenschaften, die ihm jedem, der ihn kennt, besonders liebenswert erscheinen lassen. Der Wunsch, dass ihm noch viele gute Jahre beschieden sein mögen, kommt aus vollen Herzen.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Kannau